

Menschen mit Behinderung müssen in ihrem Alltag einige Hürden überwinden

Wie barrierefrei ist Deutschland?

Fortsetzung von Seite 1

Erfolge lassen sich dagegen hinsichtlich der Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude erkennen. Entsprechende Vorgaben gibt es mittlerweile in den Bauordnungen der Bundesländer. Anders sieht es aus, wenn die Gebäude nicht in den letzten zehn Jahren errichtet oder zumindest modernisiert wurden. Bezogen auf die Barrierefreiheit gilt für ältere Gebäude ein Bestandsschutz, der sie gleichzeitig wohl auch davor schützt, von Menschen mit Behinderung betreten zu werden.

Behinderungen sowie damit verbundene Einschränkungen sind vielfältig, so vielfältig wie es auch die Menschen selbst sind. Diesem Umstand tragen viele Regelwerke im Bereich Barrierefreiheit bisher nur ungenügend Rechnung. Vorgaben beziehen sich überwiegend auf körperliche Beeinträchtigungen. Weniger Berücksichtigung finden dagegen ältere Menschen oder Personen mit kognitiven Einschränkungen. Dabei wären gerade sie dankbar für Formulare und Schriftstücke in leichter Sprache,

etwa bei der Kommunikation mit Behörden. Und mal ehrlich: Wer von uns wäre das hin und wieder nicht auch?

Bus und Bahn sind nicht immer eine Alternative

Wer an der Gesellschaft teilhaben will, muss sich frei bewegen können. Wie sieht es also mit dem Bereich Mobilität aus?

Im öffentlichen Nahverkehr geht es heute ein ganzes Stück barrierefreier zu als noch vor einigen Jahren. Dennoch sind die Defizite auch hier nicht zu übersehen. Im Eisenbahnverkehr werden noch immer Züge eingesetzt, die keine Rollstühle befördern können. Nur jeder zweite Bahnhof ist überhaupt barrierefrei erreichbar. Auch Fernbusse stellen keine Alternative dar. Barrierefreiheit ist hier die absolute Ausnahme, gesetzliche Regelungen greifen frühestens in einigen Jahren.

Mit Verboten ist man dagegen weniger zögerlich: Seit Januar werden Elektromobile, sogenannte E-Scooter, von vielen Bussen und Bahnen nicht mehr mitgenommen. Man fürchtet, diese könnten während der Fahrt umkippen. Anstatt das Problem kurzfristig zu lösen, gibt es ein Beförderungsverbot. Ältere und gehbehinderte

Menschen bleiben dadurch an der Haltestelle zurück.

Teilhabe statt Sozialhilfe

Wie aber bestreitet man mit einer Behinderung überhaupt seinen Lebensunterhalt? Schließlich müssen die unterschiedlichen Einschränkungen im Alltag ja irgendwie ausgeglichen werden. Und das führt zu einem nicht unerheblichen finanziellen Mehraufwand.

Bisher erhalten Menschen mit Behinderung Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe. Hierbei werden eigenes Einkommen und Vermögen angerechnet. Höchstens 2600 Euro dürfen angespart werden – für größere Anschaffungen reicht das kaum.

Belastend ist häufig auch die Auseinandersetzung mit den Behörden. Erkennt beispielsweise das Amt einen konkreten Bedarf nicht an und lehnt diesen ab, bleibt nur der Gang zum Gericht. Nicht selten geht es hierbei um den Erhalt der Selbstständigkeit oder die Art der Unterbringung. Für die Betroffenen steht somit ihre Existenz auf dem Spiel.

Mehr Sicherheit verspricht die Bundesregierung für das kommende Jahr. Dann soll es



Foto: 2707195204/fotolia

Gesellschaftliche Teilhabe trotz Behinderung – dafür steht Barrierefreiheit.

ein Bundesteilhabegesetz geben, das sich am jeweiligen Hilfebedarf orientiert – weg von der Fürsorge, hin zur Teilhabe. An dem Gesetzgebungsprozess ist auch der SoVD beteiligt.

Viele Barrieren gilt es noch aus dem Weg zu räumen

Eine mangelhafte Umsetzung von Inklusion an den Schulen, eher verhaltene Erfolge bei der Barrierefreiheit von Gebäuden und dem öffentlichen Nahverkehr: Noch immer wird zu wenig nachgedacht und zu sehr auf Defizite geschaut. Um die Vielfalt der Menschen und ihre Bedürfnisse auch als Chance zu begreifen, muss vor allem eines beseitigt werden: die Hürde in den Köpfen. job



Foto: Heinrich Schepers

Wer unberechtigt auf einem Behindertenparkplatz stand, erhielt letztes Jahr einen Hinweis vom SoVD: „Sie haben meinen Parkplatz! Wollen Sie auch meine Behinderung?“ Hier versucht Bernhard Sackardt vom Kreisverband Emsland Falschparker zu mehr Rücksicht im Alltag zu bewegen.

Interview

„Wir müssen lernen, Dinge neu zu denken“

Das Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit (BKB) ist ein Zusammenschluss von Sozial- und Behindertenverbänden, dem auch der SoVD angehört. Es bietet eine wichtige Plattform, um gemeinsam an Lösungen für die Umsetzung von Barrierefreiheit zu arbeiten. Wir sprachen mit Klemens Kruse, Geschäftsführer des Bundeskompetenzzentrums.

Bei Barrierefreiheit haben viele Menschen einen Rollstuhlfahrer vor Augen, der vor einer Treppe steht. Ist dieses Bild zu eingeschränkt?

Barrierefreiheit wird heute sicherlich weiter gedacht als noch vor zehn Jahren. Es geht dabei auch um die Anforderungen blinder und sehbehinderter, tauber und schwerhöriger sowie lern- oder geistig behinderter Menschen. Wenig Wissen haben wir auch noch über den Bereich von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen.

Können wir denn mit dem Stand der Barrierefreiheit so weit zufrieden sein?

Dort, wo es detaillierte und verpflichtende Vorschriften gibt, funktioniert es vergleichsweise gut. Nachholbedarf besteht unter anderem bei der

Produktion von Waren im Unterhaltungs- oder Haushaltsbereich. Um ein Beispiel zu geben: Immer häufiger erfolgt die Steuerung über glatte Oberflächen, sogenannte „touch screens“. Ohne eine hinterlegte Sprachausgabe sind diese Produkte für blinde Menschen nicht nutzbar. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Was muss sich in unserem Alltag verändern?

Wir können den Gedanken der Inklusion insgesamt noch stärker leben, wobei über dieses Thema schon sehr viel mehr geredet und nachgedacht wird. Inklusion zu thematisieren, hilft natürlich dabei, für die Umsetzung von Barrierefreiheit zu sensibilisieren. Wir müssen einfach lernen, dass Barrierefreiheit bedeutet, die

Dinge neu zu denken. Hierfür müssen wir unsere gewohnten Strukturen umstellen, und das ist natürlich nicht immer leicht.



Foto: Petra Beerhalter/fotolia

Automaten, die durch das Berühren eines glatten Bildschirms gesteuert werden, sind für blinde oder sehbehinderte Menschen nicht nutzbar.

In einzelnen Supermärkten gibt es Vergrößerungsgläser an den Einkaufswagen, damit Ältere oder Sehbehinderte dort einkaufen können.

Das ist ein gutes Beispiel. Ich fürchte jedoch, dass es nur durch den guten Willen einzelner Unternehmen nicht funktioniert. Wir brauchen hier auch unterstützende Regelungen. Gerade im privatwirtschaftlichen Bereich zählt am Ende halt nur der Profit. Und im Wettbewerb mit anderen Anbietern ist der Preis ein sehr starkes Argument. Und das geht dann auf Kosten der Barrierefreiheit. Das sehen wir gerade sehr deutlich im Bereich der Fernlinienbusse.

Haben Sie einen konkreten Wunsch an die Politik?

Wir müssen schauen, wo Barrierefreiheit funktioniert.



Foto: Fotostudio Ludwig

Klemens Kruse

Das ist zum einen der öffentliche Verkehr, wo Fördermittel an Barrierefreiheit geknüpft sind, und zum anderen der Bereich von Neubauten, wo entsprechende Vorschriften bestehen. Das sind wichtige Punkte, aus denen wir lernen müssen, um bei diesem wichtigen Thema nicht stehen zu bleiben.

Und dann brauchen wir so etwas wie eine Denkfabrik für Barrierefreiheit, eine feste Stelle, die Barrierefreiheit kontinuierlich weiterentwickelt und in die Umsetzung bringt. job